Einrichtung einer Landeserstaufnahmestelle (LEA) für Flüchtlinge in der Reinhardt-Kaserne

Beschluss des Gemeinderates vom 06.11.2014

Der Gemeinderat stimmt dem Vorhaben der Landesregierung für die Einrichtung einer Landeserstaufnahmestelle für Flüchtlinge (LEA) im Bereich Hungerberg der Reinhardt-Kaserne unter folgenden Voraussetzungen zu und heißt unsere Mitmenschen in dieser guten Stadt herzlich willkommen.

1.
 - a) Die Regelbelegung beträgt 500 Flüchtlinge, in Notsituationen kann eine Belegung bis auf 1.000 Flüchtlinge erfolgen.
 - b) Die Nutzungsdauer beläuft sich auf 5 Jahre. Bei einer Verlängerung der Nutzung ist mit der Stadt neu zu verhandeln.
 - c) Für eine gemeinsame Nutzung durch die Flüchtlinge und Vereine ertüchtigt das Land die Sporthalle Hungerberg (insbesondere wird die Halle um Umkleide- und Sanitarräume ergänzt). Des Weiteren baut das Land auf seine Kosten einen der Rasensportplätze um in einen Kunstrasenplatz, damit eine ganzjährige Nutzung möglich ist. Bei Beendigung der Nutzung als LEA wird das Land die Sporthalle und die Sporteinrichtungen in einem funktionsfähigen Zustand zurückgeben.
 - d) Für die Dauer des Betriebes der Landeserstaufnahmestelle ist das Polizeirevier Ellwangen mit entsprechend zusätzlichem Personal auszustatten.
 - e) Grundlage des Betriebs der Landeserstaufnahmestelle ist ein tragfähiges Sicherheitskonzept für den Bereich innerhalb und außerhalb der Landeserstaufnahmestelle, insbesondere für die angrenzenden Wohnviertel und die Innenstadt. Das Betreten und Verlassen der LEA erfolgt ausschließlich über das sogenannte Südtor.
 - f) Die amtsärztlichen Untersuchungen finden innerhalb der LEA statt. Das Land als Betreiber der LEA gewährleistet außerdem, ähnlich der Versorgung von Bundeswehrangehörigen, die permanente, d. h. 24-stündliche ärztliche Versorgung.
2. Die unter Ziffer 1 genannten Punkte sind in einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit dem Land und dem Landkreis verbindlich zu regeln.
3. Da in Vorgesprächen mit den Vertretern des Integrationsministeriums zum Ausdruck gebracht wurde, dass für die Stadt Ellwangen auch mit Zugeständnissen zu rechnen sei, erwarten wir, dass das Land in Ellwangen für rund 500 Studierende bspw. im Bereich „Gesundheit und Pflege“ Hochschulplätze einrichtet und der historische Teil der Kaserne für diesen Zweck zu priorisieren ist.

Weiter wird erwartet, dass das Land in den Verhandlungen mit der BImA erreicht, dass nach Aufgabe der LEA die benutzten Geländeflächen geräumt, freigemacht und in das Eigentum der Stadt Ellwangen übertragen werden.

Eine weitere Erwartung ist, dass bei Neuschaffung von Landesbehörden, insbesondere in Ostwürttemberg, eine vorrangige Ansiedlung in Ellwangen erfolgt. Insbesondere setzt sich das Land dafür ein, bei neuen Akademien, Bildungseinrichtungen und ähnlichen Institutionen in Trägerschaft des Landes diese in Ellwangen anzusiedeln und den bisherigen Status an Landeseinrichtungen zu gewährleisten.

Eine Erwartung ist ebenfalls, dass bei Straßenbaumaßnahmen und der Aufstockung der Bahnverbindung den Interessen der Stadt vorrangig Rechnung getragen wird.